



**DIE BUNDESMINISTERIN
für Jugend und Familie
DR. SONJA MOSER**

A-1010 Wien, Gonzagagasse 19/3/7

Telefon : (0222) 533 66 06

32 0100/2-I/2a/95

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

**XIX. GP.-NR
478 /AB
1995 -03- 30**

zu 538 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Onodi und Genossen haben am 9. Februar 1995 unter Nr. 538/J folgende schriftliche Anfrage betreffend Frauenförderung und Kinderbetreuungseinrichtungen an mich gerichtet:

1. Welche konkreten Schritte planen Sie, um österreichweit die Kinderbetreuungseinrichtungen in ausreichender Anzahl und mit den Bedürfnissen berufstätiger Eltern entsprechenden Öffnungszeiten einzurichten?
2. Innerhalb welchen zeitlichen Rahmens planen Sie, mit allen Bundesländern Vereinbarungen entsprechend dem Arbeitsprogramm der Bundesregierung bezüglich Kinderbetreuungseinrichtungen zu treffen?
3. Alle Studien weisen nach, daß effektive Familienförderung Frauenförderung ist. Welche Maßnahmen zur Förderung der Frauen planen Sie für die nächsten zwei Jahre?
4. Durch welche Maßnahmen werden Sie das Recht jedes Menschen - auch das der Frauen - auf Erwerbstätigkeit und damit auf selbständige Versorgung im Falle der Trennung, bei Todesfall des Partners und im Alter fördern?

- 2 -

5. Welche Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Partner in Hinblick auf die gerechte Aufteilung der Arbeit im Haushalt und der Erziehung der Kinder planen Sie?

Diese Anfrage beeöhre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu Fragen 1 und 2

Ich trete selbstverständlich für die Bereitstellung von ausreichenden, den individuellen Bedürfnissen entsprechenden Angeboten an Kinderbetreuungseinrichtungen ein. Besonders hervorheben möchte ich, daß dieses Angebot alle Formen der Kinderbetreuung - Kindergarten, Krippe, Hort, Tageseltern und Kindergruppen - umfassen muß, um den Eltern die Wahlmöglichkeit zwischen den einzelnen Betreuungsformen zu gewährleisten.

Es ist mir als Bundesministerin für Jugend und Familie aber nicht möglich, selbst ein flächendeckendes Netz von Kinderbetreuungsangeboten zu schaffen, dafür fehlen meinem Ressort die verfassungsrechtlichen Grundlagen und auch die nötigen finanziellen Mittel. Diese Verpflichtung trifft vielmehr die Bundesländer, welche aber ihrerseits für die Durchführung von Ausbauplänen auch die nötigen finanziellen Möglichkeiten brauchen.

Deshalb wird es Gegenstand der bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen sein, die nötige budgetäre Vorsorge zu treffen. Im Anschluß an eine diesbezügliche Einigung werde ich bemüht sein, in Verhandlungen mit den Ländern konkrete Ergebnisse über den Umfang des Ausbaus zu erzielen.

- 3 -

Zu Fragen 3 und 4

Es ist zweifellos richtig, daß eine effiziente Familienförderung auch positive Auswirkungen auf die Situation der Frauen zeigt. Primäre Aufgabe meines Ressort ist jedoch die Stützung und Entlastung der Familien, wie auch immer der Familienbegriff definiert wird. Ich werde mich deshalb darum bemühen, daß in einer budgetär angespannten Lage wie der heutigen möglichst wenige, sozial ausgewogene Einsparungen bei den Familien vorgenommen werden. Gezielte Frauenförderung - insbesondere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen - plane ich nicht, vielmehr verweise ich diesbezüglich auf die Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für Arbeit und Soziales sowie der Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten.

Zu Frage 5

Gerechtere Aufteilung der Arbeit im Haushalt und bei der Erziehung der Kinder ist nur durch ein langfristiges Umdenken der Betroffenen selbst zu bewirken, weshalb die Setzung bewußtseinsbildender Maßnahmen unumgänglich ist. Dazu verweise ich auf die von meiner Vorgängerin initiierten und von mir fortgesetzten Bemühungen um einen Ausbau der Elternbildungsangebote.

Der aus Anlaß des Internationalen Jahres der Familie eingesetzte Arbeitskreis 15 "Familie und Bildung" hat sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema beschäftigt und unter Beiziehung von zahlreichen Fachleuten Grundlagen für eine sinnvolle Elternbildung erarbeitet. Zentrale

- 4 -

Punkte dieser Arbeit waren die Formulierung der Inhalte der Angebote, der Gewinnung der Eltern für dieses Vorhaben, sowie die Erstellung eines Anforderungsprofiles für die Qualifikation der in diesem Bereich tätigen Referenten einschließlich der mit dem genannten Vorhaben verbundenen Finanzierungsmöglichkeiten.

Zur Umsetzung dieser Arbeitsergebnisse wurde in meinem Ressort eine Arbeitsgruppe mit qualifizierten Experten eingesetzt.

Ziel der Bemühungen ist der flächendeckende Ausbau derartiger Einrichtungen sowie eine Qualitätssicherung durch Schaffung einer gesetzlichen Grundlage und Vernetzung aller Angebote.

Dr. Siegfried Klose
1995/03/30